

Ingeborg Bäss-Vorbild und Ansporn
2008 gibt es eine Alternative

Generationengerechtigkeit fängt
vor Ort an

Brauchen wir Bebauungspläne?

Das Kriegerdenkmal in Seefeld

Modernisierung des Sportzentrums
in Oberalting – Interview mit dem
TSV Jugendreferenten

Abgekartetes CSU-Spiel beim
Fluglärm in Oberpfaffenhofen?

Ein neues Rathaus für Seefeld

Juni 2007
an alle Haushalte

Seefeld liberal

www.fdp-seefeld.de



Ingeborg Bäss – Vorbild und Ansporn

von Christa Klotz

Die Nachricht vom Tod unserer Seefelder Altbürgermeisterin, Ingeborg Bäss, hat bei uns tiefe Betroffenheit ausgelöst. Zurück bleibt die Erinnerung an ihr Leben und Wirken.

Von 1978 an hat sich Ingeborg Bäss der Politik verschrieben. Sie wurde Gemeinderätin, Kreisrätin und Bezirksrätin. Von 1984 bis 1990 war sie erste Bürgermeisterin von Seefeld und von 1990 bis 1996 war sie stellvertretende Landrätin.

Darüber hinaus gründete sie 1980 den Arbeitskreis für Behindertenfragen und war über zwei Jahrzehnte dessen



Vorsitzende. Für diesen Einsatz erhielt Frau Bäss zu Recht im Jahr 2003 das Bundesverdienstkreuz.

Für uns war es ein großes Glück, sie zu kennen und mit ihr arbeiten zu dürfen.

Besonders den Frauen hat sie Mut gemacht, politisch aktiv zu werden. Denn Politik, sagte sie, sei nicht etwas, das uns von außen fremdbestimmen darf, sondern etwas, das wir selbst bestimmen können und müssen.

Im Januar dieses Jahres hat uns diese große Persönlichkeit für immer verlassen.

Der FDP-Ortsverband Seefeld verneigt sich vor ihr und bedankt sich für ihren vorbildlichen Einsatz.

2008 gibt es eine Alternative

von Dr. Oswald Gasser

Nachdem ich meine erste berufliche Laufbahn kürzlich beendet habe – ich war als Chemiker fast 29 Jahre lang meist in leitender Stellung bei einem ortsansässigen Unternehmen tätig – bin ich nun entschlossen, mich als Kandidat der Seefelder FDP für das Bürgermeisteramt zu bewerben.



Deshalb möchte ich mich Ihnen heute vorstellen:

Ich heiße Dr. Oswald Gasser, bin gebürtiger Badener, 57 Jahre alt, Diplom-Chemiker und verheiratet mit der Diplom-Chemikerin Dr. Beate Zimmer. Wir haben vier Kinder im Alter von 20, zweimal 18 und 14 Jahren und wohnen seit 1978 in Seefeld. 2001 wurde ich zum Vorsitzenden des FDP Ortsverbands Seefeld gewählt.

Demokratie lebt vom fairen Wettbewerb unter Alternativen, sie braucht den gelegentlichen Wandel um den Fortschritt gestalten zu können und Neues neben Bewährtem entfalten zu lassen. Ich finde es herausfordernd und reizvoll, in Seefeld für eine Alternative bei den kommenden Kommunalwahlen zu sorgen.

Bereits in den vergangenen Jahren habe ich mich für die Gemeinde Seefeld und ihre Bürger engagiert: an der Grund- und Teilhauptschule Seefeld war ich als Elternbeirat und Vorsitzender des Elternbeirats aktiv. Zusammen mit einem kleinen Team habe ich mich um die Neugestaltung des Schulhofs gekümmert. Und ich bin Gründungsmitglied des Aubachvereins

(Schutzgemeinschaft Aubachtal e.V.), wo ich von Anfang an im Vorstand für die Finanzen zuständig bin.

Meine Lebens- und Berufserfahrung möchte ich gerne einbringen, damit Seefeld trotz aller Veränderungen, die wir kommen sehen, auch in Zukunft eine Gemeinde bleibt, in der alle Generationen gut leben können. Vorausschauende Planung, solides Wirtschaften und ideenreiche Umsetzungen sind der Schlüssel dafür. Das wird die Gemeinde stärken, die mehr als die Summe ihrer Teile sein soll. In den kommenden Monaten werde ich Ihnen zusammen mit dem liberalen Team in Seefeld darlegen, was dies konkret und praktisch bedeutet.

In meiner Freizeit koche ich gerne für die Familie, liebe das Skifahren, Schwimmen und Musikhören und beschäftige mich gerne mit dem Computer.

Generationengerechtigkeit fängt vor Ort an

von Christian Schnorbusch

Generationengerechtigkeit ist ein Begriff, der in der heutigen politischen Debatte eine große Rolle spielt. Allerdings bleibt oft unklar, was unter diesem Begriff verstanden wird. Die Jungen Liberalen bieten eine recht kurze Definition des Begriffs Generationengerechtigkeit an: Die Jüngeren sind für ein würdiges Leben der Älteren verantwortlich, die Älteren



für die Zukunftschancen der Jüngeren. Diese Definition bringt unsere Vorstellung vom Interessenausgleich zwischen mehreren Generationen auf den Punkt.

Unser Rentensystem ist umlagefinanziert - dahinter steckt die Idee, dass die jeweilige Erwerbsgeneration die Rente ihrer Eltern finanziert. Bei der Einführung des Systems wurden zum ersten Mal die Begriffe Generationenvertrag und Generationengerechtigkeit verwendet. Aus diesem Grund wird der Begriff Generationengerechtigkeit besonders auf das Thema Rente bezogen.

Ich sehe Generationengerechtigkeit aber umfassender: Mit einer angemessenen Rentenversicherung ist "ein würdiges Leben der Älteren" nicht erledigt. Auch die Pflege- und Gesundheitsversorgung dürfen die Würde älterer Menschen nicht untergraben. Die ärztliche Versorgung steht immer mehr unter großem Sparzwang. Die Zustände in manchen Pflegeheimen verletzen die Menschenwürde. Dies sind Themen, die auch junge Menschen bewegen - nicht nur aus Sorge um das eigene Alter, sondern auch aus Sorge um die eigenen Großeltern und aus Respekt den Älteren gegenüber. Wir als politische Jugendorganisation tragen Pflicht und Verantwortung, uns im Rahmen einer generationengerechten Politik auch um die Interessen der Älteren zu kümmern.

Das Nachhaltigkeitsprinzip steht bei den "Zukunftschancen für die Jungen" an vorderster Stelle. Nachhaltigkeit kann aber nicht nur heißen, das Rentensystem zu verändern und die Staatsverschuldung abzubauen. Nachhaltigkeit ist in gleichem Maße eine Frage der Erhaltung unserer Umwelt, der Verbesserung der Bildung und einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung.

Als kommunalpolitisch interessiertem Bürger wird mir vor allem eines bewusst: Generationengerechtigkeit ist nicht nur ein Thema für die höhere Politik auf Landes- und Bundesebene, sie fängt vor Ort an. Beispiel Umwelt: Die FDP hat das Thema Umweltpolitik lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt. Das hat sich in den letzten Jahren zum Glück deutlich geändert. Eine Gemeinde kann zwar nicht die globale Klimaentwicklung maßgeblich beeinflussen. Jedoch kann sie als Vorbild fungieren, wenn sie bei ihren Gebäuden auf moderne Heiz- und Dämmtechnologien umrüstet und

Energieverschwendung beendet, beispielsweise durch eine energiesparende Straßenbeleuchtung. Hierzu gehört auch die Erschließung nachhaltiger Energiequellen, wie der Solar- oder geothermischen Energie.

Im Sinne einer langfristig erfolgreichen Entwicklung ist es auch, wenn kommunale Träger strategisch zusammenarbeiten. Beispiel Wirtschaft: Die Gemeinde Seefeld weiß, dass es manchmal sehr schwierig sein kann, die Interessen verschiedener Ortsteile angemessen zu berücksichtigen. Dieser schwierige Prozess darf jedoch nicht dazu führen, dass strategische Planungen abgebrochen und unwirtschaftliche Einzellösungen gewählt werden. Vielmehr sehe ich die Notwendigkeit, für den gesamten westlichen Landkreis übergreifende strategische Ziele zu verfolgen, die eine nachhaltige Entwicklung der Region ermöglichen.. Das betrifft zum Beispiel die Frage einer besseren Anbindung an den östlichen Landkreis, also Starnberg und das Würmtal oder die Frage nach gemeinsam genutzten Gewerbegebieten.

Diese Beispiele machen deutlich, dass das Thema Generationengerechtigkeit für die Kommunalpolitik wichtig ist. Wir Junge Liberale wollen, dass sie in der Kommunalpolitik mehr berücksichtigt wird und freuen uns dabei über den Rückhalt der FDP. Schließlich geht es bei der Frage nach Generationengerechtigkeit nicht um Alt gegen Jung, sondern um ein fruchtbares Miteinander.

Christian Schnorbusch ist Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Starnberg, 20 Jahre alt und Student der Volkswirtschaft an der LMU in München.

www.julis-sta.de

Brauchen wir Bebauungspläne?

von Dipl. Ing. Arch. Johannes Puntsch

Welcher Bauherr sah sich nicht schon in seiner individuellen Freiheit durch Reglementierungen im Baurecht eingeschränkt? Vor einigen Jahren wurde die Liberalisierung im Genehmigungsverfahren bei Baugesuchen durchgesetzt. Den Gemeinden wurde damit mehr Entscheidungsbefugnis



gegeben.

Bisher galt meist ausschließlich der so genannte §34 (des Bundesbaugesetzes), der die Prüfung verlangt, ob Baugesuche sich mit den nachbarlichen Rechten vereinbaren lassen. Innerhalb dieses Rahmens konnte der Bauwerber seinen Bauwunsch individuell realisieren. Hatten sich Gemeinde und Landratsamt damals in erster Linie zeitnah mit individuellen Anträgen zu beschäftigen und diese auf Genehmigungsfähigkeit, d.h. auf Verträglichkeit, zu prüfen, so vergibt die Gemeinde heute ihre gewonnene Freiheit durch das Aufstellen von Bebauungsplänen. Sah sich die Gemeinde früher kompetent, von Fall zu Fall zu entscheiden, d.h. den Bedürfnissen des Antragstellers gerecht zu werden, so wähnt sie sich heute kompetent, Richtlinien zur Bebauung aufstellen zu können, um die Entwicklung von ganzen Ortsteilen auf die nächsten 30 Jahre zu bestimmen.

Durch gestalterische Festlegung von Grundstücksgrößen, Baukörpern, Dachformen, Dachneigungen, Ausrichtungen des Firstes etc. oder durch Festlegung der Nutzung eines Gebäudes entsteht eine Gleichmacherei. Viele Neubaugebiete wirken uniform und gleichen eher einem Heerlager als einem gewachsenen Lebensraum. Warum lassen wir uns derart verpacken? Wer kennt die Menschen, die sich vielleicht in zwei oder sogar in zwanzig Jahren in einer Gemeinde ansiedeln wollen. Ist es notwendig, viel öffentliches Geld dafür auszugeben, um gut Gemeintes zu planen, letztendlich aber zeitnahe Verantwortung abzuwälzen? Braucht es Bebauungspläne, wenn an einem Ortsrand zwei neue Häuser entstehen sollen? Kann eine Gemeinde nicht einfach persönliche Beweggründe des Bauwerbers überdenken und dann nach der nachbarlichen Verträglichkeit entscheiden?

Für liberal halte ich das Modell aus Oberösterreich: es gibt dort zwei Arten von Land, Bauland und Nichtbauland. Innerhalb des Baulands kann ein Bauwerber ein Gebäude beantragen. Das Bauamt der Gemeinde zieht einen Städtebauer zu Rate und entscheidet mit diesem und dem Gemeinderat zusammen über das Baugesuch. Die Bearbeitungszeit hierbei beträgt maximal 4 Wochen, dann besitzt der Antragsteller seine Genehmigung. Lediglich eine Abschrift davon geht an die nächsthöhere Verwaltungsinstanz.

Wir verstricken uns in einem Verwaltungs- und Reglementierungswahn, der sich an sich selbst orientiert, nicht an dem Menschen, für den er eigentlich zuständig ist. Gleichmacherei ist langweilig, aus Freiheit entsteht Gewinn. Dafür sollten wir kämpfen.

Das Kriegerdenkmal in Seefeld

von Klaus Conrad

Es ist ja häufig so, dass Enkel und Großeltern sich besser verstehen als Kinder und Eltern. So auch im Falle unseres Kriegerdenkmals:

Dem Enkel können wir Alten – ich werde heuer 75 – leicht verständlich machen, dass dieses Denkmal, dieser steinerne Soldat, an seinen gefallenen Urgroßvater und dessen gefallenen Bruder erinnern soll, und an den ganzen Irrsinn, der zum Tode all dieser damals jungen Männer führte. Dabei geht es (dem Enkel und dem Großvater) nicht darum, ob der steinerne Soldat nach Osten oder nach Westen schaut, und wie der Bildhauer hieß. Es geht um die Erinnerung an die Millionen von Toten der beiden Weltkriege, um eine Mahnung zum Frieden.



In diesem Sinne sollte der rechte Namen des Denkmals „Gefallenendenkmal“ sein; ändern müsste man den Namen, nicht aber die „Sichtbarkeit“ dieses Mahnmals. Von uns hängt es ab, in welchem Geiste wir den steinernen Soldaten betrachten und ihn unseren Nachfahren erklären, ob der Soldat sein Schwert herauszieht oder es (wir hatten gehofft für immer) in die Scheide steckt. Die Generation der heute 60-Jährigen mag da anderer Meinung sein, mag den steinernen Soldaten loswerden wollen. Wer aber den zweiten Weltkrieg und dann die Versöhnung mit dem früheren „Erbfeind“ denkend miterlebt hat, möchte das Gefallenendenkmal als Mahnmahl für unsere Enkel in unserer Mitte erhalten.

Modernisierung des Sportzentrums in Oberalting – Interview mit dem TSV Jugendreferenten

von Dr. Oswald Gasser

Die 1. Fußballmannschaft des TSV Oberalting-Seefeld ist dieses Jahr besonders erfolgreich.

Noch mehr freut uns, dass dieser Verein eine sehr aktive Jugendarbeit auf hohem Niveau betreibt. Wir haben uns bei Herrn Anton Deibl, dem Jugendreferenten des Vereins und seiner Fußballabteilung nach dem Zustand der Sportanlage erkundigt.



Herr Deibl, das Sportzentrum in Oberalting noch nicht ganz zwanzig Jahre alt. Ist es damit schon so in die Jahre gekommen, dass es erneuert werden muss?

Es gibt schon deutliche Abnutzungserscheinungen und Schäden, die ausgeglichen und saniert werden müssen. Wenn wir bei Auswärtsspielen die Anlagen anderer Vereine sehen dann wird uns klar, dass wir auch einiges modernisieren müssen um auf dem Laufenden zu bleiben. Nicht zuletzt hat erfreulicherweise auch die Nutzung stark zugenommen, so dass eine Erweiterung notwendig ist.

Wie hat sich die Zahl der Nutzer der Sportanlagen in den letzten Jahren entwickelt?

Das kann ich Ihnen am besten anhand der folgenden Tabelle erläutern, die die Entwicklung bei den Jugendspielern im Fußball wiedergibt:

1998	1999	2000	2001	2002/03	2003/04	2004-06
20 Spieler	40 Spieler	60 Spieler	90 Spieler	130 Spieler	130 Spieler	150 Spieler
1 Team	2 Teams	3 Teams	7 Teams	10 Teams	10 Teams	11 Teams
	=	=	=	=		
	+100%p.J.	+50%p.J.	+50%p.J.	+50%p.J.		

Seit 1998 bis 2006 = + 750%

Dazu kommen pro Jahr 3 Mannschaften aus dem Seniorenbereich (1. + 2. + AH). Im Sommer 2005 hat nun noch eine Damenmannschaft den Trainingsbetrieb aufgenommen.

Das heißt, wir haben zurzeit insgesamt 15 Mannschaften im Trainings- und Spielbetrieb!

Wir können uns gut vorstellen, dass es da oft eng zugeht. Die Trainingszeiten spielen sich ja in einem

recht engen Zeitfenster ab. Was muss getan werden, damit diese erfolgreiche Arbeit unter günstigen Bedingungen fortgesetzt und noch ausgeweitet werden kann?

Die für den Trainings- und Spielbetrieb notwendigen Anlagen im Sportheim (Umkleiden, Sanitäranlagen, Waschraum, Büro, Inventarraum usw.) sind zwischenzeitlich an die räumlichen Grenzen gestoßen und haben einigen Sanierungsbedarf. Ebenfalls hat sich gezeigt, dass auch die beiden Sportplätze nicht mehr den Notwendigkeiten entsprechen.

Der Nebenplatz ist speziell in der nassen Jahreszeit schlecht bespielbar und ein Verletzungsrisiko für unsere Spieler. Wir brauchen daher den Umbau des Nebenplatzes in einen Kunstrasenplatz und zur Erweiterung die Errichtung eines Kleinspielfeldes mit Kunstrasen im Bereich des jetzigen Spielplatzes und Bolzplatzes (zusammenhängend mit dem Nebenplatz). Der Spielplatz könnte an die südliche Seite des Sportgeländes verlegt werden.

Ist Kunstrasen nicht etwas für Profis und das Spielen darauf auch mit Verletzungsrisiko verbunden?

Das war nur in den ersten Anfängen des Kunstrasens so. Heute ist er genauso gut bespielbar wie ein gepflegter Rasen und weit besser als ein stark beanspruchtes Rasenfeld. Viele Vereine (z. B. in Starnberg und in Pöcking) haben solche Plätze oder planen sie und sie haben sich sehr bewährt.

Herr Deibl, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und drücken Ihnen die Daumen, dass Ihre Pläne bald verwirklicht werden.



Abgekartetes CSU-Spiel beim Fluglärm in Oberpfaffenhofen?

von Christa Klotz,
Dr. Rudolf Lindermayer,
Dr. Oswald Gasser
und Friedrich Hanrieder



Der Verein gegen Fluglärm e. V. ist in den letzten Wochen wieder sehr aktiv geworden, um die drohende Ausweitung des Flugverkehrs am Flugplatz Oberpfaffenhofen zu verhindern. Besonders gefährlich erscheint die vom Flughafenbetreiber EDMO beantragte Statusänderung von einem Sonderflughafen zu einem allgemeinen Flughafen. Die Experten weisen daraufhin, dass nach dieser beantragten Umwidmung eine Begrenzung der Anzahl der Flüge praktisch nicht durchführbar ist. Der Verein hat im Mai zwei Informations- und Diskussionsveranstaltungen angekündigt (am 9. Mai in Gilching und am 22. Mai in Hechendorf), um die Bevölkerung zu informieren und gegen diese Ausweitung zu mobilisieren.

Die rechtliche Basis für diese Statusänderung ist das im letzten Jahr verabschiedete Landesentwicklungsprogramm (LEP), das trotz zahlreicher kritischer Stimmen der Oppositionsparteien von der CSU durchgeboxt wurde. Die Bayerische Staatsregierung plant diese Umwidmung zur Entlastung des Franz-Josef-Strauß-Flughafens (München 2) und um dem Eigentümer des Flughafens, dem EADS-Konzern (Mutter der Airbus-Firma), entgegenzukommen.

Wir finden die Haltung des Vereins gegen Fluglärm konsequent und ausgewogen: der Status als Sonderflughafen soll beibehalten werden und die Aktivitäten der Firmen und Forschungsinstitute der DLR, die diesen Flughafen benötigen, sollen nicht beschnitten werden. Falls es im Rahmen dieser bestehenden Genehmigung zu einer Ausweitung (z. B. Galileo-Projekt) kommt, wird diese toleriert. Die Gegnerschaft bezieht sich auf die Umwidmung als allgemeiner Flughafen und die unkontrollierbare Ausweitung durch Geschäftsflugverkehr u. a. als Entlastung von

München 2. Dies entspricht auch unserer Position.

Kaum hatte der Verein seine Veranstaltungen angekündigt, wollte ihm die Seefeldler CSU zuvorkommen: Bürgermeister Gum und Ortsvorsitzender Striegl stellten sich in einer Veranstaltung im neuen Pfarrzentrum in Oberalting an die Spitze der Flughafengegner und behaupteten, sie und der CSU Landrat seien schon immer in gewisser Weise Gegner der Ausbaupläne gewesen. Für diesen Schwenk gab es in der Presse einigen Beifall, es wurde aber auch festgestellt, dass bereits die Kreisleitung der CSU beharrlich schweigt. Harald Schwab, der neue CSU Kreisvorsitzende unterstützt offensichtlich die Ausweitungspläne in Oberpfaffenhofen.

Wir glauben nicht an einen echten Schwenk. Um die Chancen bei der Kommunalwahl nicht zu gefährden, erlaubt die CSU-Führung einem kleinen Ortsverein ein gewisses Abweichen von der Linie – wenn dann alles im Sinne der CSU gelaufen ist, kräht kein Hahn mehr danach – so die Erwartung. Den Herren Gum und Striegl ist klar, dass ihre Haltung in ihrer Partei keinen Rückhalt hat, dennoch mimen sie die Rebellen in der CSU als Schützer des Aubachtals (wo noch vor nicht allzu langer Zeit Herr Gum ein Gymnasium platzieren wollte). Das ist modernes Pharisäertum! Die Bürger sollen in diesem abgekarteten Spiel über die wahren Ziele der CSU im Unklaren gelassen werden.

Sie machen sich doch sicher Ihre eigenen Gedanken....

Ein neues Rathaus für Seefeld

von Christa Klotz,
Dr. Rudolf Lindermayer,
Dr. Oswald Gasser
und Friedrich Hanrieder

Das derzeitige Seefeldler Rathaus ist den Anforderungen heute und in Zukunft nicht mehr gewachsen. Es besteht aus einem älteren Bürgerhaus mit einem Anbau aus den 80er Jahren. Weder genügt das Raumangebot dem Bedarf gemessen an der Anzahl der Beschäftigten und den Servicebedürfnissen der Seefeldler Bürger, noch entspricht es einer modernen, energiesparenden Konzeption. Ein neues Rathaus muss also gebaut werden. Hier gibt es drei grundsätzliche Möglichkeiten:

1. Renovierung des Altbestandes und Erweiterungsanbau
2. Kompletter Neubau am derzeitigen Standort
3. Neubau auf einem anderen Grundstück, am besten wohl neben dem Krankenhaus

Nach reiflicher Überlegung favorisieren wir einen kompletten Neubau am derzeitigen Standort (Alternative 2). Der Altbestand hat nicht die Qualität eines Denkmals und ist nicht mit vernünftigen Kosten zu sanieren. Der Neubau muss in 2 Phasen erstellt werden: zunächst wird der Erweiterungsteil erstellt, die Rathausmitarbeiter ziehen in diesen Teil um. Dann wird der Altbestand beseitigt, der Neubau fertig gestellt und endgültig bezogen. Wir sind überzeugt, dass mit entsprechendem Bemühen eine kostengünstige Lösung für diesen Phasenplan gefunden werden kann.

Die Mehrheit der Gemeinderäte scheint derzeit die Alternative 3, d.h. einen Neubau auf dem Grundstück östlich neben dem Krankenhaus zu bevorzugen, da sie dies für die kosten-günstigste Lösung halten. Dabei wird jedoch übersehen, welche Nachfolgenutzung sich am derzeitigen Rathausstandort entwickeln könnte. Jetzt hat sich dort in gewissem Umfang ein Ortszentrum ausgebildet, das durch ein neues Rathaus in Verbindung mit einem Park auf dem sogenannten Eisen-Grundstück gegenüber noch besser gestaltet werden kann. Dieses Ensemble geht verloren, wenn das Rathaus „wegzieht“. Wenn die Gemeinde dem Erwerber des Grundstücks enge Auflagen macht, so sind diese mit einem Mindererlös verbunden, der in der Größenordnung der Kosten für die Übergangslösung der Alternative 2 liegen kann. Und ob die Auflagen dann letztendlich durchzusetzen sind??

Sicher ist es erforderlich, eine überzeugende architektonische Gestaltung für das neue Rathaus zu finden, damit der Verlust der Altsubstanz mehr als ausgeglichen werden kann. So erhält Seefeld ein aufgewertetes Ortszentrum, insbesondere wenn das Eisen-Gelände als Park in die Planung mit einbezogen wird und die Gestaltung des neuen Rathauses auch die Servicebedürfnisse der Bürger entsprechend berücksichtigt.

